

Berliner Tageblatt

Nr. 593

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Sonnabend, 15. Dezember 1923
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Deutschland kündigt Aufrollung der Minderheitenfrage an.

Oberschlesien-Streit im Rat.

Heftiges Rededuell Zaleski—Stresemann.

(Telegramme unseres Korrespondenten.)

* LUGANO, 15. Dezember.

Die heutige Vormittagssitzung des Völkerbunds wurde durch die Behandlung einer grossen Reihe ober-schlesischer Minderheitenbeschwerden ausgefüllt, die sich auf die Massnahmen der polnischen Behörden wie unterschiedliche Festsetzung von Anmeldesterminen, Einschränkung der vertraglichen Rechte der Erziehungsberechtigten, Abgabe der Erklärungen über die Schulsprache der Kinder usw. beziehen. Die Berichte hierüber wurden sämtlich genehmigt. Der polnische Vertreter, Zaleski, führte in der Debatte aus, die polnischen Behörden müssten die Erklärungen der Eltern betreffs der Schulsprache der Kinder untersuchen. Ein grosser Teil der Kinder verstehe nicht genügend Deutsch. Es würden falsche Erklärungen über die Sprache der Kinder abgegeben. Die polnische Regierung werde sich vorbehalten, sich in dieser Frage an den Rat zu wenden. Minister Stresemann erwiderte darauf, er wolle die Behandlung dieser Angelegenheit heute nicht vertiefen. Wenn Polen die Angelegenheit vor den Rat bringe, so werde sich Gelegenheit bieten, über diese schwierige Frage zu sprechen. Er wolle aber jetzt bereits darauf hinweisen, dass in Oberschlesien die beiden Sprachen so gemischt seien, dass weder am reinen Hochdeutsch noch am reinen Polnisch das Interesse bestehe wie anderswo. So müssten also die Eltern bestimmen, in welche Schulen die Kinder gehen sollen. Man werde Gelegenheit haben, diese Frage gründlich zu debattieren. Darum beschränke er sich heute auf diese Bemerkung. Im weiteren Verlauf der Debatte erklärte der kanadische Vertreter Dandurand, er behalte sich vor, die gesamte Frage des Verfahrens in Minderheitenangelegenheiten aufzurollen.

Sodann nahm Zaleski ganz unerwartet das Wort zu einer langen Erklärung gegen die deutsche Minderheit in Oberschlesien, die das grösste Aufsehen erregte.

Er führte aus: Seit einiger Zeit werde der Rat von Petitionen des Deutschen Volksbundes überschwemmt, der sich anmasse, die Mehrheit der Minderheiten zu vertreten. Dies Petitionen seien meist unbegründet und sollten dazu dienen, die öffentliche Meinung zu überzeugen, dass das Minderheitenrecht missachtet würde. Zaleski gab sodann eine eingehende Darstellung über die wirtschaftlichen und industriellen Verhältnisse Oberschlesiens, um damit zu beweisen, dass die Wirtschaftslage dieses Gebietes seit der Annexion an Polen sich günstig entwickelt habe. Er fuhr sodann fort: „Der Nationalitätenkampf werde nur durch den Deutschen Volksbund geschürt, der geradezu Umsturz treibe. Er agitiere nicht nur gegen den polnischen Staat, sondern suche selbst Anhänger unter den Polen. Deutsche Industrielle übten einen wirtschaftlichen Druck auf die polnischen Arbeiter aus, damit sie ihre Kinder in die Minderheitenschulen schicken. Trotzdem dulde die polnische Regierung eine Organisation, unter deren Mitgliedern sich Hochverräter befänden. Mehrere Personen seien deshalb verurteilt worden. Der Führer des Volksbundes, Ulitz, wurde nur durch seine parlamentarische Immunität geschützt. Die Minderheitenverträge würden vom Deutschen Volksbund gegen Polen ausgenutzt. Das sei ein unerträglicher Zustand, und die Tätigkeit des Volksbundes bilde eine Friedensgefahr. Die überaus ausführliche und gänzlich unerwartete Rede des polnischen Ausenministers erregte geradezu sensationelles Aufsehen.“

Minister Stresemann ergriff sogleich in grosser Erregung das Wort zu einer Erwiderung. Er führte aus: Er habe mit dem grössten Erstaunen die Rede Zaleskis angehört. Es scheine ihm, dass diese Rede vom Geiste des Hasses gegen die deutschen Minderheiten besetzt sei.

Stresemann erinnerte an die vertriebenen Minderheitenrechte. Es handele sich um das Recht der Eltern, in welcher Sprache und Kultur die Kinder erzogen werden sollten. Das sei ein Teil des Menschenrechts, das der Völkerbund den Minderheiten garantiert habe. In den Petitionen, die heute beraten worden seien, handele es sich um ein Gutachten des Rates. Der Berichterstatter habe

im Geiste der Unparteilichkeit gesprochen. Er frage sich, aus welchem Grunde Zaleski die Ziffern über die Kohlenproduktion und die industriellen Ergebnisse mitgeteilt habe. Was haben diese Angaben mit der Schulfage zu tun? Er könne Zaleski entgegenhalten, dass sich die Produktion in Oberschlesien unter deutscher Leitung vollziehe. Sodann legte er dem polnischen Ausenminister die Frage vor, ob er durch seine Rede alte Wunden wieder aufreissen wolle. Wenn er erkläre, dass der Deutsche Volksbund nicht mehr geduldet werden dürfe, so müsse er darauf hinweisen, dass die Minderheiten das Recht hätten, sich zu organisieren und Klagen vor dem Völkerbund vorzubringen. Zaleski habe erwähnt, dass Ulitz des Hochverrats beschuldigt werde. Es gebe zu allen Zeiten Männer, die aus vaterländischer Liebe Handlungen begingen, die alsdann als Hochverrat bezeichnet würden. Wenn der Deutsche Volksbund nicht mehr geduldet werden dürfe, so gehe daraus hervor, dass es genüge, wenn die Minderheiten sich organisierten und ihr Recht ansüßten und gewisse Fragen vor den Rat bringen, um ihm die Beschuldigung zuzuschreiben, er untertrage die Autorität des polnischen Staates. Er freue sich, dass der Vertreter Kanadas angekündigt habe, dass er die Minderheitenfrage grundsätzlich zur Sprache bringen werde. Er könne Zaleskis Darlegungen in keiner Weise zustimmen, nicht nur nicht vom Standpunkt der Minderheiten Oberschlesiens, sondern auch vom allgemeinen Standpunkt der Minderheitenrechte.

Er erkläre: Wenn der Völkerbund der Auffassung Zaleskis zustimmen werde, wenn er nicht fortfahren werde, sich mit den Rechten der Minderheiten zu beschäftigen, so würde er einen der Grundpfeiler seiner Existenz einbüßen und nicht mehr das Ideal darstellen, um dessenwillen die Staaten in den Bund eingetreten sind.

Der Minister schloss mit erhobener Stimme, dass er auf das Programm der nächsten Ratstagung die gesamte Minderheitenfrage bringen werde, damit sie gründlich und im einzelnen diskutiert werde.

Hierauf erklärte Briand, der Völkerbund werde es sich nicht nehmen lassen, die heiligen Rechte der Minderheiten zu schützen. Man werde auf einer folgenden Tagung ein neues Verfahren diskutieren, um die Ausübung des Minderheitenschutzes zu beschleunigen. Darauf wurde die öffentliche Sitzung geschlossen. Heute nachmittags 3 Uhr findet noch eine vertrauliche Sitzung statt, in der der Konflikt Bolivien—Paraguay erörtert wird.

Bei allen Anwesenden erweckte der unerwartete Vorstoss Zaleskis das grösste Erstaunen. Man erklärt ihm damit, dass die polnische Regierung über die sich häufenden Beschwerden und über die Klarstellung ihrer Misgriffe verärgert ist. Der Hinweis auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist gänzlich gegenstandslos, da sie der deutschen Initiative zu danken ist. Man hat den deutschen Ausenminister am Ratstisch noch nie so erregt gesehen. Aus jedem seiner Worte sprach die tiefste Empörung.

* LUGANO, 15. Dezember.

Nach Schluss der heutigen öffentlichen Ratssitzung traten Briand, Stresemann und Chamberlain zu einer Besprechung zusammen, die der Herausgabe eines Communiqués über ihre hiesigen Unterhaltungen galt. Wie bereits mitgeteilt, wird Reichsminister Stresemann noch einige Tage hier bleiben. Staatssekretär von Schubert wird am Montag zurückkehren, die anderen Herren der deutschen Delegation teils heute, teils am Sonntag.

Die vorbereitende Abrüstungskommission wird voraussichtlich unmittelbar nach der Ratstagung im März zusammentreten. Dies entspricht auch dem Wunsche der Vereinigten Staaten, dass die Einberufung der Kommission nicht vor dem Amtsantritt Hoovers erfolgen soll. (Siehe auch Seite 2.)

lange Paraguay nicht „moralische Genugtuung geleistet und sich in aller Form entschuldigt“ habe. Indessen wird aus La Paz gemeldet, die Stimmung sei dort beträchtlich ruhiger geworden, und die kriegerischen Kundgebungen hätten stark nachgelassen.

König Georgs Befinden.

(Meldung der Funkstation Rudolf Mosse-Haus.)

LONDON, 15. Dezember.

Heute mittag wurde folgender Arztbericht im Buckingham-Palast ausgegeben: „Der König hat einige Stunden geschlafen. Der Lokalbefund ist bis jetzt zufriedenstellend. Es ist keine Zunahme der Erschöpfung zu verzeichnen, und der Puls bleibt regelmässig.“

Wie es war.

Von
Dr. Ernst Feder.

Früher wurde häufig die Klage laut, dass den Deutschen, im Vergleich zu den Franzosen und den Engländern, die politische Memoirenliteratur fehle. Diesem Mangel ist abgeholfen — wenigstens was den Umfang der Literatur betrifft. Eine kaum übersehbare Fülle politischer Memoirenwerke haben uns die letzten zehn Jahre beschert. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Aufzeichnungen aller Art. Von Staatsmännern des alten und des neuen Regimes, von Ministern, Diplomaten, Militärs aller Waffengattungen, von kaisertrauen und republikanischen Politikern, von den Hohenzollern, Vater wie Sohn, von ihren Gegnern und ihren Anhängern. Die Aufrichtigkeit und ihr Gegenteil sind in allen Schattierungen da — von jenem Staatsmann angefangen, dem man nachsagt, wenn er beim Aufsat mit „Hier!“ antwortete, dann war das schon eine Lüge, bis zu denen, die sich ehrlich und ernsthaft bemühen, zu sagen, was war. Alle diese Akten, die nicht mit unparteiischen Zeugnisaussagen und unbefangenen Sachverständigenurteilen angefüllt sind, sondern mit Plaidoyers auf „Unschuld“ oder „mildernde Umstände“, wird der kritische Richter mit Nutzen lesen. Für das grosse Publikum haben die meisten dieser Autoren Interesse und Anziehungskraft, wenn sie beides jemals besaßen, längst verloren, sind sie längst verschwunden. Wenige Schwimmer nur tauchen hervor aus dem mächtigen Strudel. Der Rest? Verschlungen schon hat ihn der gierige Schlund.

Und will sich nimmer erschöpfen und leeren... Fast zu gleicher Zeit erscheinen zwei Erinnerungswerke sozialdemokratischer Führer, deren einer zu Beginn der Republik an der Spitze der Regierung gestanden hat, während der andere heute die Geschäfte des Reiches führt: Philipp Scheidemann und Hermann Müller. In zwei starken Bänden legt Scheidemann die „Memoiren eines Sozialdemokraten“ (Verlag Carl Reissner, Dresden) vor, in denen er seine Erlebnisse aus sechs Jahrzehnten erzählt, von den Kindertagen an durch die Zeit des Sozialistengesetzes und des persönlichen Regiments bis zu Krieg, Umsturz und Republik, bis zu den Tagen, in denen auf ihn der Anschlag verübt wurde, der ihm das Schicksal Matthias Erzbergers und Walther Rathenaus bereiten sollte. Scheidemanns Werk hat in sozialdemokratischen Kreisen starke Verstimmung hervorgerufen, sogar zu einer Art leiser Boykottbewegung geführt. Man ist verstört, weil innere Parteivorgänge, allerlei Zwistigkeiten, kleine Menschlichkeiten mit einer Offenheit berichtet werden, die man anscheinend im Parteinteresse für schädlich hält. Auch die Kritik an Ebert sieht man in der Partei nicht gern. Uns scheint, es schadet dem Ansehen Friedrich Eberts nicht, wenn bekannt wird, dass in manchen entscheidenden Momenten sein politisches Urteil nicht zu treffend war: er war Ende Juli 1914 der einzige, der zu der schleunigst einberufenen sozialdemokratischen Vorstandssitzung nicht nach Berlin zurückkehrte, weil er den Ausbruch eines Krieges für unmöglich hielt, und er verlangte noch am 9. November 1918, dass die Nationalversammlung über die Staatsform, ob Monarchie oder Republik, entscheiden solle und machte Scheidemann heftige Vorwürfe wegen der Proklamation der Republik, die doch, wie auch Hermann Müller in seinem neuen Buche sagt, nur die Feststellung eines bereits gegebenen Staatszustandes war.

Philipp Scheidemann berichtet auf Grund seiner Aufzeichnungen — in fünfundzwanzig dicken Tagebüchern hat er seine Erlebnisse immer gleich festgehalten. Gewiss verblühen auch solche Aufzeichnungen keine volle Objektivität, und dass der Verfasser sich häufiger im Vordergrund der Ereignisse sieht als die Mithandlenden, kann nicht überraschen. Im ganzen ist sein Erinnerungswerk eine der wichtigsten und wertvollsten Quellen für die Kriegszeit und das folgende Jahr, für die Gegensätze innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, auch innerhalb der Führerschaft, für die Kanzlerzeit des Prinzen Max von Baden, mit dem er scharfe Abrechnung hält, für die Vorgeschichte des Kapp-Putsches. Nicht viele haben sich hinter den Kulissen so umgetan wie dieser Mann, der Jahre hindurch der am schärfsten Angegriffene war, gleichzeitig von rechts als der verhassteste Vertreter des Verständigungsfriedens, und von links als Einordner der vom Staate früher zurückgestossenen sozialdemokratischen Arbeiterschaft in die Ordnung des Staates.

Hermann Müller hat sich das Ziel nicht so weit gesteckt. Sein Werk (Die Novemberrevolution. Erinnerungen. Verlag „Der Bücherkreis“, Berlin) behandelt nur

Der südamerikanischen Konflikt.

Der Schlichtungsversuch der Panamerikaner-Konferenz.

(Funktelegramm unseres Korrespondenten.)

WASHINGTON, 15. Dezember.

Die Plenarsitzung der panamerikanischen Schiedsgerichtskonferenz beschloss gestern, Bolivien und Paraguay die guten Dienste der Konferenz zur Herbeiführung einer Vermittlung anzubieten. Sie beauftragte einen Unterausschuss, dem von amerikanischer Seite der ehemalige Staatssekretär Hughes angehört, alle Anstrengungen zu machen, um die friedliche Beilegung des Konflikts zwischen den beiden Ländern zu ermöglichen. Der bolivianische Delegierte nahm nicht an der Sitzung teil. Er erklärte nachher, seine Instruktionen lauteten unverändert dahin, dass Bolivien sich auf keine Vermittlung einlassen könne, so-